

---

**Jedes Kind/Jugendlicher mit einer chronischen Erkrankung/Behinderung hat das Recht innerhalb einer Familie aufzuwachsen. Was werden Sie tun, um der betroffenen Familie bestmöglich Unterstützung zu gewähren, wie ermöglichen Sie leichteren Zugang zu notwendigen Therapien und Gesundheitsleistungen?**

Mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Menschen mit Behinderung sollen die Assistenz, Hilfsmittel und andere Formen der Unterstützung erhalten, die sie benötigen – und zwar dort, wo sie es wollen. Noch viel zu häufig verbliebene Hürden wollen wir beseitigen. Im Bereich Pflege und Teilhabe wollen wir den europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut geraten.

Zur Bekämpfung chronischer Krankheiten müssen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Europa deutlich steigen.

**Welche Bedeutung haben Selbsthilfeorganisationen und Patient:innenorganisationen für Sie? Inwiefern werden Sie diese bei EU-Gesetzgebung künftig einbeziehen?**

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet und allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Dafür braucht es einen strukturellen Austausch mit Selbsthilfeorganisationen, Organisationen von Patient\*innen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen. Wir GRÜNE sind nah an den Menschen, der Austausch gehört zu unserem politischen Tagesgeschäft. In Gesprächen mit Vertreter\*innen dieser Gruppen, aber auch parlamentarischen Anhörungen, speisen wir die Anliegen in den Gesetzgebungsprozess ein.

**Wie wollen Sie erreichen, dass die flächendeckende Sicherstellung der kinder- und jugendmedizinischen Versorgung künftig gelingt, so dass der Versorgungsauftrag in allen Regionen und Sektoren sichergestellt ist?**

Wir haben die Budgetierung von Leistungen der Kinder- und Jugendärzte abgeschafft. Ebenfalls wurde die Budgetierung auch für ausgewählte Leistungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie aufgehoben. Die kinder- und jugendmedizinische Versorgung im Krankenhaus wird in den Jahren 2023 und 2024 ebenfalls mit 600 Millionen Euro besonders gefördert. Diese Regelung soll durch die Krankenhausreform fortgesetzt werden.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um einen weiteren Ausbau der Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu erreichen? Bitte zählen Sie diese bezogen auf alle Felder auf.**

Betreiber\*innen von Geschäften, kommerziellen Websites, Gaststätten, Hotels, Kinos usw. werden wir auf nationaler Ebene noch in dieser Wahlperiode mit einem Barrierefreiheits-Gesetz verpflichtet, innerhalb eines realistischen Zeitraums Barrieren abzubauen. Sowohl die angebotenen Waren und

Dienstleistungen als auch die Orte, an denen sie angeboten werden, müssen barrierefrei werden. Dort, wo das (noch) nicht möglich ist, sollen die Betreiber\*innen ihre Angebote im Rahmen des Möglichen auf anderen Wegen zugänglich machen („angemessene Vorkehrungen“ treffen), etwa durch mobile Rampen oder Bring-Dienste.

Auf europäischer Ebene werden wir uns für eine Erweiterung des European Accessibility Acts auf weitere Produkte und Dienstleistungen sowie die Aufnahme von Verpflichtungen zur Barrierefreiheit in Richtlinien und Verordnungen einsetzen, die Qualitätsvorschriften über bestimmte Produkte und Dienstleistungen enthalten.

**Welche Maßnahmen planen Sie zur Realisierung der bestmöglichen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, wie sie in der von Deutschland unterzeichneten UN-Kinderrechtskonvention proklamiert wird?**

Mit der Erhöhung des Kindergelds und des Kinderzuschlags haben wir bereits wichtige Verbesserungen für Familien erreicht. Mit der geplanten Kindergrundsicherung wollen wir Familien und Kinder ausgehend vom individuellen Bedarf noch sehr viel zielgenauer erreichen. Niedrige Abrufquoten einzelner familienpolitischer Leistungen wie des Bildungs- und Teilhabepakets oder des Kinderzuschlages wollen wir deutlich steigern und somit Kinderarmut bekämpfen.

**Welche Maßnahmen planen Sie, damit künftig die medikamentöse Versorgung der Kinder wieder flächendeckend sichergestellt ist?**

Mit dem Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetz (ALBVVG) haben wir verschiedene Maßnahmen getroffen, um die Arzneimittelversorgung von Kindern zu verbessern. Für Kinderarzneimittel wurden die Preisregeln gelockert. Festbeträge und Rabattverträge wurden abgeschafft. Die pharmazeutischen Unternehmer\*innen können ihre Abgabepreise einmalig um bis zu 50 Prozent anheben. Zukünftig dürfen außerdem keine Festbetragsgruppen mehr mit Kinderarzneimitteln gebildet werden. Insgesamt erhoffen wir uns dadurch eine stabilere Versorgung mit Arzneimitteln insbesondere bei Kindern und Jugendlichen.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um ein umfassendes Verständnis von Inklusion in der Gesellschaft zu entwickeln und in Kita, Schule, Ausbildung, Studium und Arbeitswelt umzusetzen, damit jedes Kind und jeder Erwachsene mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sein Potential entfalten kann?**

Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir insbesondere die Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Das Werkstättensystem wollen wir in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten. EU-Mittel sollen nicht in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention entgegenstehen, und Inklusionsunternehmen sollen stärker gefördert werden. Wir sind für den bedarfsgerechten Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und behindertengerechten Wohnungen sowie von selbstbestimmten Wohnformen. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland – fristgerecht umgesetzt und durchsetzbar wird.

**Werden Sie mehr Forschungsprojekte und -zentren zum Personenkreis chronisch kranker und behinderter Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener unterstützen? Denn diese fehlen derzeit dringlich.**

Auf europäischer Ebene setzen wir uns durch die Stärkung des Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe für eine vorausschauende, resiliente Wissenschaft ein. Davon soll insbesondere auch die Gesundheitsforschung profitieren. Auf nationaler Ebene unterstützen wir unter anderem weiterhin den Aufbau des Deutschen Zentrums für Kinder- und Jugendgesundheit (DZKJ) und die Forschung im Rahmen der „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“, wozu auch die Stärkung der Kinder- und Jugendgesundheit, Forschung zu chronischen Erkrankungen sowie der Inklusion gehören.